
Presseinformation Nr. 508

6. Mai 2009

BRUNKHORST / KAUCH: SPD treibt Biogasanlagen bewusst in die Pleite

BERLIN. Zur heutigen Beratung im Unterausschuss des Deutschen Bundestages eines FDP-Gesetzentwurfes zur Förderung von Biogas-Anlagen erklären die FDP-Umweltpolitiker Angelika BRUNKHORST und Michael KAUCH:

Heute hat der Unterausschuss des Deutschen Bundestages über einen Gesetzentwurf der FDP abgestimmt, mit dem der rückwirkende Eingriff in die Förderung von Biogas-Anlagen durch das EEG 2009 aufgehoben werden sollte.

Im Vertrauen auf die EEG-Vergütungssätze haben zahlreiche mittelständische Unternehmen modulare Biogas-Anlagen gebaut. Das EEG 2009 führt nun dazu, dass zum Zweck der Vergütungsermittlung mehrere kleine Anlagen wie eine große behandelt werden. Das bedeutet eine erhebliche Absenkung der Vergütung. Diesen Bruch des Vertrauensschutzes lehnt die FDP-Bundestagsfraktion ab.

Die CDU/CSU hat ihren Fehler bei der EEG-Novelle inzwischen eingesehen und der FDP in der Sache Recht gegeben. Ausschließlich aus Koalitionsraison hat die Union mit der SPD gegen das Gesetz gestimmt. Damit nimmt die Koalition die Insolvenz mittelständischer Investoren bewusst in Kauf.

Die Koalition trifft nicht nur die Betreiber von Altanlagen. Sie gefährdet auch das Vertrauen in die Finanzierungsbedingungen für erneuerbare Energien generell. Denn wer weiß, ob der Gesetzgeber beim EEG nicht erneut rückwirkend eingreift? Ein fatales Signal in der aktuellen Wirtschaftskrise.

Auch die Bundesländer haben sich für die Bestandsanlagen eingesetzt und einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die FDP fordert die Koalition auf, doch noch Vernunft anzunehmen und den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des EEG im Deutschen Bundestag zu beraten.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de